

**HINTERGRUND** Horst Hämmerle, lange Jahre in Tübingen für die CDU aktiv, galt als Liberaler, als Geschäftsführer einer privaten Propaganda-Agentur gemeinsame Sache mit alten Nazis

## Lizenz zum Spionieren und

Der antikommunistische „Volksbund für Frieden und Freiheit“ in Tübingen

**Private Propaganda-Organisationen hetzten im Kalten Krieg gegen Linke und Friedensaktivisten. Der westdeutsche Staat und amerikanische Geheimdienste finanzierten diese Verbände. Auch in Tübingen gab es damals aggressive Antikommunisten, die politische Gegner öffentlich denunzierten.**

„Pfarrer Eckle ist drauf und dran, von einem Kündler und Mahner des Friedens zu einem Sendboten der wehrlosen Unterwerfung unter den Kommunismus zu werden.“ Überall im Land betreibe er „Propaganda gegen (...) den deutschen Widerstandswillen gegen die sowjetische Bedrohung (...)“. Zu lesen war diese denunziatorische Anklage 1954 in der Tübinger Monatsschrift „Volk und Freiheit“ über den evangelischen Pfarrer Eckle aus Zillhausen (bei Balingen). Der Pfarrer hatte sich gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gewandt und galt den Aufpassern von „Volk und Freiheit“ daher als ein unsicherer Kantonist im Kampf gegen die „kommunistische Bedrohung“.

Vor 60 Jahren, im Juni 1955, hatte sich in Tübingen der Verein „Volk und Freiheit“ gegründet. In Wirklichkeit stand dahinter der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ (VFF): eine private Propaganda-Agentur. 1950 in Hamburg gegründet, kämpfte der Verband gegen tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten. Dazu rief der VFF bundesweit zahlreiche Tarnvereine ins Leben. So auch in Tübingen, wo „Volk und Freiheit“ seit 1955 die gleichnamige Zeitschrift herausgab, die zuvor der Volksbund herausgegeben hatte. Um die Propaganda des „Volksbunds“ und die Rolle antikommunistischer Organisationen in der jungen Bundesrepublik verstehen zu können, muss man sich das damalige gesellschaftliche Klima vergegenwärtigen.

Urlaubsreise für Kinder in die DDR war strafbar

Der Antikommunismus prägte in der Adenauer-Zeit nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens. In der

Die Sicherheitsorgane bekämpften nicht zuletzt die Verbreitung von aus der DDR eingeführten Druckschriften. Der Freiburger Historiker Josef Foschepoth hat in einer neueren Studie gezeigt, wie umfangreich seinerzeit der Postverkehr überwacht wurde: „Von den Anfangsjahren der Bundesrepublik bis zum Beginn der Siebzigerjahre wurden nachweislich über 100 Millionen Postsendungen aus der DDR beschlagnahmt, geöffnet und zum großen Teil vernichtet.“ Zugleich suchte die Bundesregierung, Einfluss auf die Geschehnisse im Osten zu nehmen und die DDR letztlich zu destabilisieren. Massenhaft ließ sie Propagandamaterial drucken, das in der DDR vertrieben wurde – etwa über die Ostbüros von CDU, FDP, SPD und DGB.

Es gab damals viele private Organisationen, die sich den Kampf gegen den Kommunismus auf die Fahnen geschrieben hatten und dafür von bundesdeutschen und amerikanischen Stellen finanziert wurden. So die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), die oppositionelle Gruppen in der DDR mit Propagandamaterial versorgte sowie mit technischem Gerät, um Sabotage zu verüben. Im eigenen Labor wurden Brandsätze hergestellt sowie Stoffe, die Maschinenteile zerfraßen oder Motoren funktionsuntüchtig machten. Die KgU verbreitete jährlich mehrere Millionen Flugblät-



„Bundeskanzler“ (...) überhaupt zu erwähnen, (...) die Bedrohung durch den Bolschewismus als das entscheidende, ja einzige politische Problem erfolgreich klarmacht (...)“, so würden die Leser „selbst den Schluss ziehen, dass die (...) Politik des Bundeskanzlers die einzig richtige ist“. Eine solche Propaganda „durch die Hintertür“ sei geradezu „unangreifbar“: „Es entsteht ein elementarer Druck der öffentlichen Meinung (...)“. Gegenströmungen werden dann überhaupt kaum Boden gewinnen können“.

Dem Innenministerium diente sich der VFF als eine Art privater Geheimdienst an: Man sei in der Lage, „Staats-sicherheitsaufgaben“ zu übernehmen und Erkenntnisse über „Staatsfeinde“ zu sammeln. Über mehrere Jahre lieferte der VFF Berichte über Kommunisten oder Kommunismus-verdächtige Personen an das Kanzleramt, das Innen- und Justizministerium sowie den Verfassungsschutz. Mitte der 1950er Jahre zählte der VFF rund 10000 Funktionäre und angeblich eine Million sonstige Mitarbeiter und Helfer.

Eine Tübinger Monatsschrift hetzt gegen „Staatsfeinde“

Für „Volk und Freiheit“ arbeitete etwa der CDU-Politiker Horst Hämmerle (1926-2008). Seit 1953 war er Bundesgeschäftsführer des Volksbundes. Auch der ehemalige Präsident des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim Klaus Hornung schrieb für die Zeitschrift. „Wir hatten unser Büro im Schimpfeck“, erinnerte er sich im Gespräch mit dem Autor. Die monatliche Auflage habe bei etwa 15000 Exemplaren gelegen, so der 1927 geborene Hornung, der im extrem rechten Tübinger Grabert-Verlag publiziert und als Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen gelehrt hat.

Erste publizistische Erfahrungen sammelten hier außerdem der spätere „Zeit“-Chefredakteur Theo Sommer und der Journalist Carl Gustaf Ströhm. Letzterer arbeitete viele Jahre für „Die Welt“ und die rechte Wochenzeitung „Jugend Freiheit“. Dem Antikommunismus



Der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ wurde in der DDR als „Moskau“ nach

heit“ gegründet. Ingegründet stand dahinter der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ (VFF: eine private Propaganda-Agentur. 1950 in Hamburg gegründet, kämpfte der Verband gegen tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten. Dazu rief der VFF bundesweit zahlreiche Tarnvereine ins Leben. So auch in Tübingen, wo „Volk und Freiheit“ seit 1955 die gleichnamige Zeitschrift herausgab, die zuvor der Volksbund herausgegeben hatte. Um die Propaganda des „Volksbunds“ und die Rolle antikommunistischer Organisationen in der jungen Bundesrepublik verstehen zu können, muss man sich das damalige gesellschaftliche Klima vergegenwärtigen.

### Urlaubsreise für Kinder in die DDR war strafbar

Der Antikommunismus prägte in der Adenauer-Zeit nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. So wurde es in den 1950er Jahren als Fehler gewertet, wenn ein Schüler in einer Arbeit DDR ohne Anführungszeichen schrieb. Nachdem die von den Alliierten gestrichenen Bestimmungen über Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat 1951 wieder ins Strafrecht aufgenommen worden waren, ging man juristisch gegen Kommunisten vor. Bis 1968 leiteten die Staatsanwälte rund 125000 Verfahren ein, wobei es schon eine Haftstrafe zur Folge haben konnte, wenn jemand eine Urlaubsreise für

genen Labor wurden Brandsätze hergestellt sowie Stoffe, die Maschinenteile zerfraßen oder Motoren funktionsuntüchtig machten. Die KGU verbreitete jährlich mehrere Millionen Flugblät-



Plakat des Volksbunds aus dem Jahr 1951, das Kinder davor warnt, kommunistische Veranstaltungen zu besuchen.

ter. Diese wurden wahllos an Adressen in der DDR verschickt oder, an Wetterballons befestigt, über die Grenze gebracht. Teils rief man die Empfänger gar zu Straftaten auf: „Bauer, hast einen Spitzel da entdeckt, dann sorg' dafür, dass er verreckt“. Den Ehefrauen von SED-Funktionären schickte die KGU drohende Trauerkarten: „Herzliches Beileid zum baldigen Ableben Ihres Ehegatten.“

Der Volksbund hingegen richtete sich in seiner Propaganda an die Westdeutschen. Um ein Gefühl permanenter Bedrohung in der Bevölkerung zu erzeugen, zeigte der Volksbund Kommunisten zumeist als Verbrecher, Vergewaltiger und Barbaren. Häufig wurden sie auch als Ratten oder Ungeziefer, der Kommunismus als Seuche dargestellt. Auch besuchten VFF-Mitarbeiter linke Veranstaltungen, um diese zu stören. Finanziert wurde der Volksbund, der enge Kontakte zur Regierung unterhielt, über einen Geheimfonds des Bundespresseamtes, der im Haushalt nur pauschal ausgewiesen wurde.

Die Arbeit des Volksbunds prägte wesentlich Eberhard Taubert. Er hatte für das Naziregime gearbeitet und führte sein Projekt einer „Antikommunistischen Internationale“ (siehe Kasten) nach dem Krieg fort. Adenauer, der sich für eine Förderung des VFF einsetzte, wusste spätestens seit 1954 über Tauberts Vergangenheit bescheid. In einem Brief an Fritz Cramer verlieh der Kanzler seiner Wertschätzung Ausdruck: „Ich möchte Ihnen aber versichern, dass ich die Bestrebungen Ihrer Vereinigung begrüße und unterstütze. Es ist dringend notwendig, dass (...) breiteste Kreise unserer Bevölkerung über die vom Osten drohende Infiltration aufgeklärt (werden).“

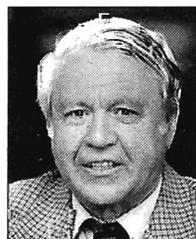
In einer Schrift Tauberts an das Kanzleramt aus dem Jahr 1954 empfahl er den Volksbund „als Instrument der Bundesregierung“: Wenn die VFF-Propaganda „ohne die Begriffe ‚CDU‘,

hetzt gegen „Staatsfeinde“

Für „Volk und Freiheit“ arbeitete etwa der CDU-Politiker Horst Hämmerle (1926-2008). Seit 1953 war er Bundesgeschäftsführer des Volksbunds. Auch der ehemalige Präsident des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim Klaus Hornung schrieb für die Zeitschrift. „Wir hatten unser Büro im Schimpfeck“, erinnerte er sich im Gespräch mit dem Autor. Die monatliche Auflage habe bei etwa 15000 Exemplaren gelegen, so der 1927 geborene Hornung, der im extrem rechten Tübinger Grabert-Verlag publiziert und als Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen gelehrt hat.

Erste publizistische Erfahrungen sammelten hier außerdem der spätere „Zeit“-Chefredakteur Theo Sommer und der Journalist Carl Gustaf Ströhm. Letzterer arbeitete viele Jahre für „Die Welt“ und die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Dem Autor gegenüber sagte Sommer rückblickend: „Wir waren damals Studenten, mit den Artikeln verdienten wir ein bisschen Geld dazu. Die klar antikommunistische Ausrichtung teilten wir.“

Von 1954 bis 1968 in Tübingen erschienen, berichtete die hektografierte Monatschrift umfangreich über kommunistische Veranstaltungen und warnte vor der „Wühlarbeit“ der Kommunisten. Die Artikel erschienen zumeist anonym. Die Zeitschrift wollte, wie es hieß, die Menschen bewahren



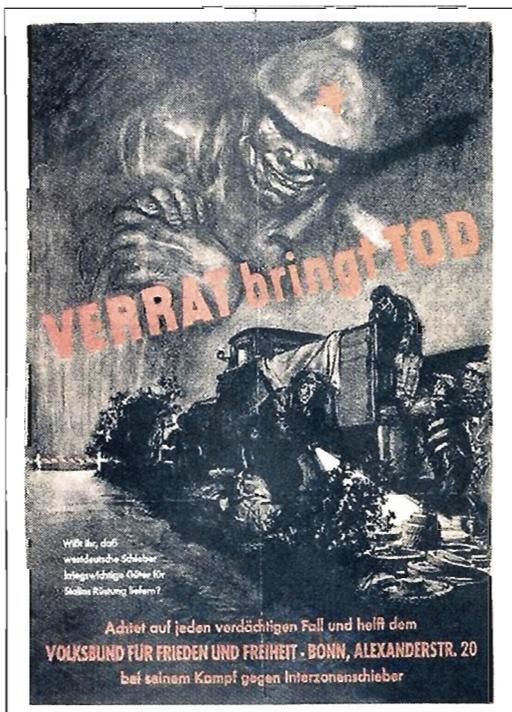
Klaus Hornung  
Archivbild: Haas



Horst Hämmerle  
Archivbild: Faden

vor der „Schändung menschlicher Würde, wie sie sich überall im kommunistischen Machtbereich mit unheimlicher Gesetzmäßigkeit vollzieht“. Es gelte, keine Rücksicht zu zeigen „angesichts eines Gegners, der auch die primitivsten abendländischen Vorstellungen vom Menschen nicht mehr teilt.“ Kommunisten hätten „die Unmenschlichkeit zu ihrem Grundprinzip erkoren“, ohne die USA wäre „ganz Europa schon in ein sowjetisches Konzentrationslager verwandelt worden“.

Anfang 1955 wurde in der Rubrik „Der Feind im Lande“ berichtet, wie man den Pfarrer Tolk aus Nehren, der sich ablehnend über die deutsche Wiederbewaffnung geäußert haben soll, gemäßregelt hatte. Der VFF-Landeschef habe ihm ins Gewissen geredet, bis der Pfarrer seine Position aufgab. Auch über den Tübinger Gymnasiallehrer und Studienrat Peter Goebler berichtete „Volk und Freiheit“. Dieser, so hieß es, beeinflusse seine Schüler in einem „staatsfeindlichen Sinne“. Was das Kultusministerium zu diesem Fall sage? „Es schweigt – obwohl es Zeugen gibt, die die neutralistischen, pro-sow-



„Wißt ihr, daß westdeutsche Schieber kriegswichtige Güter für Stalins Rüstung liefern?“: Ein Volksbund-Plakat von 1951 warnt vor Schmugglern.

Kinder in die DDR organisierte. Indes wurden nicht nur die Mitglieder der 1956 verbotenen KPD verfolgt. Schon wer verdächtigt wurde, Kontakte „nach drüben“ zu unterhalten, konnte in die Mühlen der politischen Justiz geraten. So war es noch zu Beginn der 1960er Jahre strafbar, die Einladung einer DDR-Gewerkschaft anzunehmen.



Der „Volk und Freiheit“-Verlag in Moskau

jetischer und daga

Gewar mann, d Calw, „ü kommun wjetzone ist die R beutung dem „Au nistische deutsche sem Hin

– wählt k

Der Zw zehn Ja und Fre großes und Exi „sich als traum“ solle ma tät müss munism on fragt gen tota tete, sor solchen

### Der „V

### Alle acht

glieder K dienstlich tisch für d arbeitet. Z zenden w schriftstel wunderer gewählt. f dungsmit mer, der b Oberkomm macht tät und gute deutender Naziregim Nach dem bei der „C len“, dem 1956 gegre nachrichte In propaga

Für „Volk und Freiheit“ arbeitete etwa der CDU-Politiker Horst Hämmerle (1926-2008). Seit 1953 war er Bundesgeschäftsführer des Volksbundes. Auch der ehemalige Präsident des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim Klaus Hornung schrieb für die Zeitschrift. „Wir hatten unser Büro im Schimpfeck“, erinnerte er sich im Gespräch mit dem Autor. Die monatliche Auflage habe bei etwa 15.000 Exemplaren gelegen, so der 1927 geborene Hornung, der im extrem rechten Tübinger Grabert-Verlag publiziert und als Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen gelehrt hat.

Erste publizistische Erfahrungen sammelten hier außerdem der spätere „Zeit“-Chefredakteur Theo Sommer und der Journalist Carl Gustaf Ströhm. Letzterer arbeitete viele Jahre für „Die Welt“ und die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Dem Autor gegenüber sagte Sommer rückblickend: „Wir waren damals Studenten, mit den Artikeln verdienten wir ein bisschen Geld dazu. Die klar antikommunistische Ausrichtung teilten wir.“

Von 1954 bis 1968 in Tübingen erschienen, bereicherte die hektografierte Monatsschrift umfangreich über kommunistische Veranstaltungen und warnte vor der „Wühlarbeit“ der Kommunisten. Die Artikel erschienen zu meist anonym. Die Zeitschrift wollte, wie es hieß, die Menschen bewahren



Klaus Hornung  
Archivbild: Haas



Horst Hämmerle  
Archivbild: Faden

vor der „Schändung menschlicher Würde, wie sie sich überall im kommunistischen Machtbereich mit unheimlicher Gesetzmäßigkeit vollzieht“. Es gelte, keine Rücksicht zu zeigen „angesichts eines Gegners, der auch die primitivsten abendländischen Vorstellungen vom Menschen nicht mehr teilt.“ Kommunisten hätten „die Unmenschlichkeit zu ihrem Grundprinzip erkorren“, ohne die USA wäre „ganz Europa schon in ein sowjetisches Konzentrationslager verwandelt worden“.

Anfang 1955 wurde in der Rubrik „Der Feind im Lande“ berichtet, wie man den Pfarrer Tolk aus Nehren, der sich ablehnend über die deutsche Wiederbewaffnung geäußert haben soll, gemäßregelt hatte. Der VFF-Landeschef habe ihm ins Gewissen geredet, bis der Pfarrer seine Position aufgab. Auch über den Tübinger Gymnasiallehrer und Studienrat Peter Goeßler berichtete „Volk und Freiheit“. Dieser, so hieß es, beeinflusse seine Schüler in einem „staatsfeindlichen Sinne“. Was das Kultusministerium zu diesem Fall sage? „Es schweigt – obwohl es Zeugen gibt, die die neutralistischen, pro-sow-



Der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ prägte die antikommunistische Bildpropaganda in der Bundesrepublik. Die CDU ließ 1953 ein Wahlplakat mit der Parole „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ nach der Vorlage einer Propaganda-Postkarte Eberhard Tauberts anfertigen.

jetischen Äußerungen Goeßlers gehört und dagegen protestiert haben.“

Gewarnt wurde auch vor Hans Ballmann, dem Innungsmeister des Kreises Calw, „überzeugter und eifriger Parteikommunist (...) und von Zeit zu Zeit Sowjetzonenreisender“. An anderer Stelle ist die Rede vom „Antreiber- und Ausbeutungssystem der Sowjetzone“ und dem „Ausbeutungswillen der kommunistischen Herrenschicht“. Den westdeutschen Arbeitern riet man vor diesem Hintergrund: „Wählt, wen ihr wollt – wählt keine Kommunisten!“

Der Zweite Weltkrieg war noch keine zehn Jahre vorüber, da klagte „Volk und Freiheit“, der „gegen ein ganzes großes Volk gerichtete Bestrafungs- und Existenzvernichtungswille“ habe „sich als ein undurchführbarer Hass-traum“ erwiesen. Die Vergangenheit solle man ruhen lassen, oberste Priorität müsse der Kampf gegen den Kommunismus haben: „Die heutige Situation fragt nicht danach, wer gestern gegen totalitäre Gewalt Widerstand leistete, sondern wer heute und morgen solchen Widerstand gegen eine neue

Bedrohung zu leisten gewillt ist.“ Die sozialliberale Koalition beendete nach 1969 die Finanzierung privater antikommunistischer Verbände. Man ging nicht mehr davon aus, dass die DDR bald zusammenbrechen würde. Die Neue Ostpolitik Willy Brandts war dialogorientiert und auch innenpolitisch wurde der militante Antikommunismus aufgegeben. 1970 ging der VFF schließlich auf in der „Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft“ (ASG). Die ASG übernahm seinerzeit einen großen Teil der politischen Bildungsarbeit innerhalb der Bundeswehr und organisiert auch heute noch Seminare für Soldaten. Hämmerle war weiterhin aktiv für die ASG, deren geschäftsführender Vorsitzender er bis 1993 war.

*Philipp Koebnik, 29, studierte Neuere Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität und schrieb eine Masterarbeit zum Thema: „Antikommunismus in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre. Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF) in Südwestdeutschland“.*

## Der „Volksbund“ und seine nationalsozialistischen Wurzeln

**Alle acht Gründungsmitglieder** hatten geheimdienstlich oder propagandistisch für das NS-Regime gearbeitet. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Militärschriftsteller und Hitler-Bewunderer Jürgen Hahn-Butry gewählt. Ein weiteres Gründungsmitglied war Fritz Cramer, der bei der Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht tätig gewesen war und gute Kontakte zu bedeutenden Vertretern des Naziregimes unterhielt. Nach dem Krieg arbeitete er bei der „Organisation Gehlen“, dem Vorläufer des 1956 gegründeten Bundesnachrichtendienstes (BND). In propagandistischer Hin-

sicht war **Eberhard Taubert** (1907-1976) der Kopf, der „eigentliche Motor“ (so der spätere VFF-Geschäftsführer Horst Hämmerle). Seit 1931 Mitglied der SA und der NSDAP, entwickelte Taubert Pläne zur Gründung einer Gegenorganisation zur Kommunistischen Internationale. So rief er 1932 den „Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen“ ins Leben. Der 1934 in „**Antikomintern**“ umbenannte Verband propagierte den Kampf gegen die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. Als Beisitzer am Volksgerichtshof wirkte Taubert an mehreren Todesurteilen mit,

außerdem war er an der Arbeit für den antisemitischen Hetzfilm „Der Ewige Jude“ beteiligt. Der erneute Bedarf nach entschiedenen Antikommunisten führte dazu, dass Taubert nach Kriegsende mit seiner Arbeit fortfahren konnte. Die westdeutschen Ministerien förderten und finanzierten den VFF, da dieser in der Lage war, **verdeckte Regierungspropaganda** zu betreiben. 1951 wurde die europäische Dachorganisation „Paix et Liberté“ gegründet. An Adenauers Referenten Franz Mai schrieb Taubert damals, das Komitee sei „die Organisationsform der antibolschewistischen Weltbewegung“.

bingen für die CDU aktiv, galt als Liberaler innerhalb seiner Partei. Dass er für eine gemeinsame Sache mit alten Nazis machte, ist kaum bekannt.

# Propagieren und Denunzieren

„Volk und Freiheit“ in Tübingen / Von Philipp Koebnik

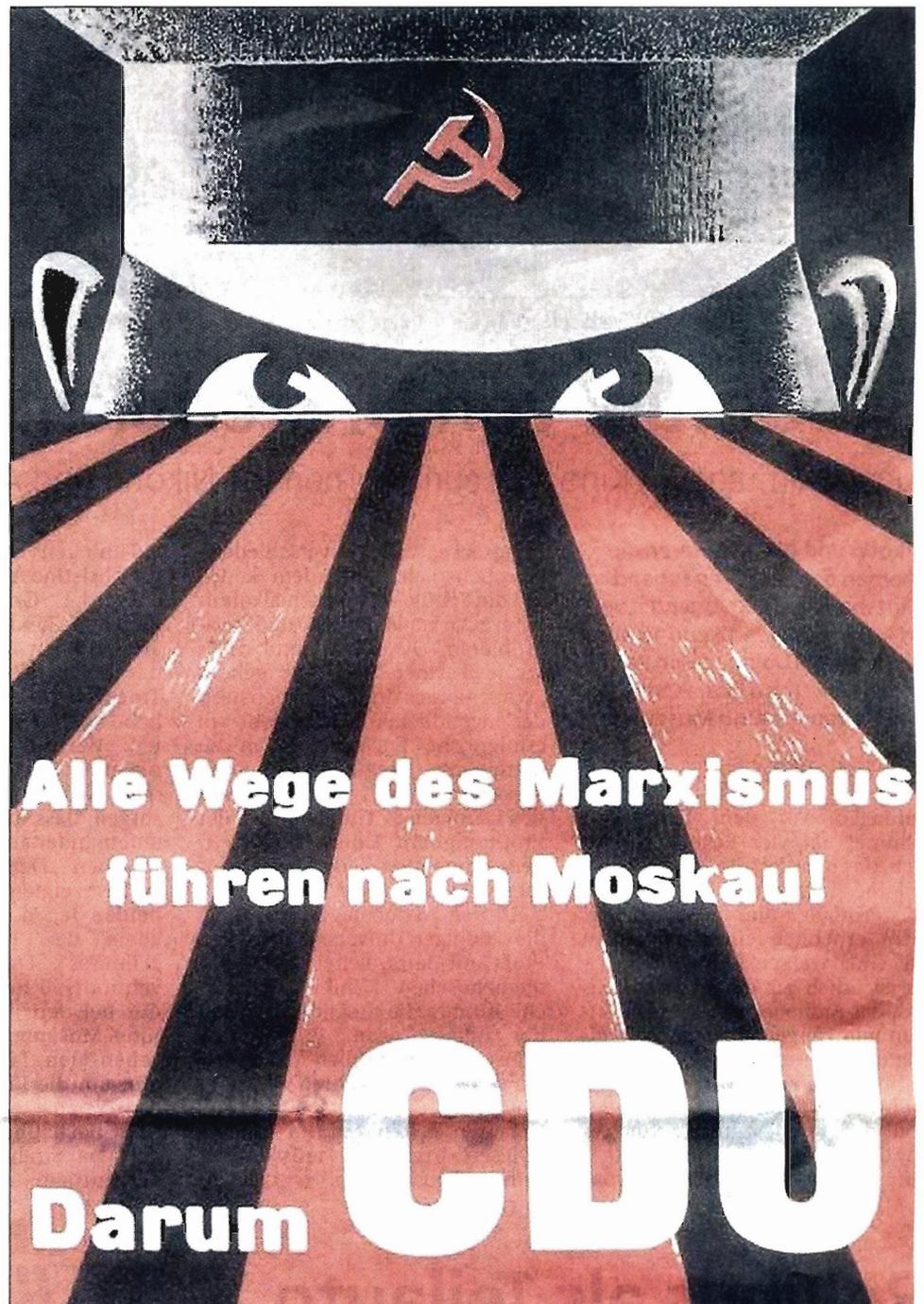
„Bundeskanzler“ (...) überhaupt zu erwähnen, (...) die Bedrohung durch den Bolschewismus als das entscheidende, ja einzige politische Problem erfolgreich klarmacht (...),“ so würden die Leser „selbst den Schluss ziehen, dass die (...) Politik des Bundeskanzlers die einzig richtige ist“. Eine solche Propaganda „durch die Hintertür“ sei geradezu „unangreifbar“: „Es entsteht ein elementarer Druck der öffentlichen Meinung (...). Gegenströmungen werden dann überhaupt kaum Boden gewinnen können“.

Dem Innenministerium diente sich der VFF als eine Art privater Geheimdienst an: Man sei in der Lage, „Staats-sicherheitsaufgaben“ zu übernehmen und Erkenntnisse über „Staatsfeinde“ zu sammeln. Über mehrere Jahre lieferte der VFF Berichte über Kommunisten oder Kommunismus-verdächtige Personen an das Kanzleramt, das Innen- und Justizministerium sowie den Verfassungsschutz. Mitte der 1950er Jahre zählte der VFF rund 10000 Funktionäre und angeblich eine Million sonstige Mitarbeiter und Helfer.

Eine Tübinger Monatschrift hetzt gegen „Staatsfeinde“

Für „Volk und Freiheit“ arbeitete etwa der CDU-Politiker Horst Hämmerle (1926-2008). Seit 1953 war er Bundesgeschäftsführer des Volksbundes. Auch der ehemalige Präsident des rechts-konservativen Studienzentrums Weikersheim Klaus Hornung schrieb für die Zeitschrift. „Wir hatten unser Büro im Schimpfeck“, erinnerte er sich im Gespräch mit dem Autor. Die monatliche Auflage habe bei etwa 15000 Exemplaren gelegen, so der 1927 geborene Tübinger Grabert-Verlag publiziert und als Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Reutlingen gelehrt hat.

Erste publizistische Erfahrungen sammelten hier außerdem der spätere „Zeit“-Chefredakteur Theo Sommer und der Journalist Carl Gustaf Ströhm. Letzterer arbeitete viele Jahre für „Die Welt“ und die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Dem Autor gegenüber sagte Sommer rückblickend: „Wir waren damals Studenten, mit den Artikeln verdienten wir ein bisschen Geld dazu. Die klar antikommunistische



Der „Volksbund für Frieden und Freiheit“ prägte die antikommunistische Bildpropaganda in der Bundesrepublik. Die CDU ließ 1953 ein Wahlplakat mit der Parole „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“ nach der Vorlage einer Propaganda-Postkarte Eberhard Tauberts anfertigen.

jetischen Äußerungen Goeblers gehört und dagegen protestiert haben.“

Gewarnt wurde auch vor Hans Ball-

Bedrohung zu leisten gewillt ist.“ Die sozialliberale Koalition beendete nach 1969 die Finanzierung privater anti-